

# Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen:  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streisand,  
in Lübeck bei Ph. Matthäus.

Annoncen:  
Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei S. L. Daube & Co.,  
Hasenstein & Vogler,  
Rudolph Rosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidenbahnhof“.

Nr. 506.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 40 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 22. Juli.

Inserate 20 Pf. die sechsgespartene Seitenfläche oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Amtliches.

Berlin, 21. Juli. Der König hat geruht: in dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten den Geheimen Ober-Regierungs-Rath de la Croix zum Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath mit dem Range eines Rethes erster Klasse zu ernennen.

## Politische Uebersicht.

Posen, den 22. Juli.

Wie es heißt, steht demnächst eine erneute Zusammenkunft der deutschen Finanzminister in Coburg, als Fortsetzung der vor zwei Jahren stattgehabten Heidelberger Konferenzen, zu erwarten. Als die Frucht der Heidelberger Konferenzen konnte man die „Zoll- und Steuerreform“ des vorigen Jahres betrachten; den Hauptgegenstand der bevorstehenden Verhandlungen wird eine naheliegende Vermuthung in dem Tabakmonopol erblicken. Man erinnert sich ja, wie überaus ungünstig und ausweichend die Erklärungen der Regierungsvertreter auf die betreffenden Anfragen im Reichstag lauteten. Ob man wirklich mit diesem Projekt wiederum hervortreten wird, müssen wir dahingestellt sein lassen. Im gegenwärtigen Reichstag würde der Antrag jedenfalls eine Majorität nicht finden; derselbe hat sich in dieser Hinsicht in bindender Weise engagirt, und etwa auf eine Gesinnungsänderung im Zentrum und nochmals auf dessen Mitwirkung bei einer „Steuerreform“ zu spekuliren, dazu dürfte die gegenwärtige Situation keineswegs einladend sein. Gleichwohl wird man, wenn sich die Nachricht von der bevorstehenden Zusammenkunft der Finanzminister bestätigt, auf einen neuen großen Coup gesetzt sein müssen; zu einer Reproduktion der in der verflossenen Session gescheiterten verhältnismäßig geringfügigen Steuerprojekte würde wohl die gewöhnliche Geschäftsbehandlung im Bundestag genügen. Die Steuerfrage ist die wichtigste Angelegenheit, welche den Reichstag in den nächsten Sessonen beschäftigen wird, und ihr gegenüber werden sich die Meinungsverschiedenheiten im gesammten liberalen Lager nicht als allzu groß herausstellen. Mit der im vorigen Jahre beschlossenen starken Erhöhung der Zölle und indirekten Steuern halten wir die „Steuerreform“, soweit sie auf Beschaffung neuer Einnahmen gerichtet ist, im Wesentlichen für abgeschlossen; es wird jetzt Zeit, das Aequivalent zu zahlen, welches für diese große Mehrbelastung in einer Steuerentlastung nach anderer Richtung in Aussicht gestellt war. Der Steuerreformplan des Reichskanzlers ist bisher nur nach der einen Seite, der außerordentlichen Vermehrung der indirekten Einkünfte des Reichs, zur Ausführung gekommen; diese Wirkung spüren wir genugsam; von den erleichternden Folgen aber, der Verwendung der Reichsbeschlüsse zur Entlastung von Staatssteuern, haben wir noch nichts bemerkt, und auch die geringfügigen Erleichterungen, die uns in Aussicht gestellt werden, können wir als einen genügenden Ersatz für die neuen Lasten von fern nicht anerkennen. Bei dieser Sachlage und noch ehe sich die Wirkungen der Zoll- und Steuervermehrung vom vorigen Jahre genügend übersehen lassen, mit neuen Steuervorschlägen oder gar mit einem so gewaltigen Projekt, wie dem Tabakmonopol, hervorzutreten, wäre ein kühnes Unternehmen. Es scheint uns eine viel dringlichere Aufgabe für die deutschen Finanzminister, zu überlegen, wie sie die an das gesetzgeberische Werk des vorigen Jahres geknüpften Erwartungen und Verheißen wahr machen und den Vorwurf entkräften sollen, daß die Steuerreform tatsächlich in nichts als einer Steuervermehrung bestanden habe.

Am 18. d. M. hat, wie bereits mitgetheilt, zu Köln im großen Saale des Gürzenich eine überfüllte Versammlung der rheinischen Zentrumsparthei stattgefunden, in welcher folgende Resolutionen gefasst wurden:

1) Die Versammlung spricht zu der von der Fraktion des Zentrums dem neuen kirchenpolitischen Gesetze gegenüber eingenommenen Haltung ihre volle und unbedingte Zustimmung aus; durch ihr eben so entschiedenes wie makrovolles Auftreten hat die Fraktion sich ein neues Anrecht auf den Dank ihrer Wähler erworben.

2) In Übereinstimmung mit den Bischöfen, wie mit der Zentrumsfraktion hält die Versammlung angehoben des neuen kirchenpolitischen Gesetzes fest an der Forderung der Aufhebung der sogenannten Maigesetze; sie spricht zugleich die feste Überzeugung aus, daß die Staatsregierung, wenn sie ernstlich die Wiederherstellung des inneren Friedens erstrebt, sowohl beim apostolischen Stuhle, als bei der Mehrheit der Landesvertretung, insbesondere auch bei der Fraktion des Zentrums die thatkräftigste Unterstützung finden wird.

3) Bei dieser Gelegenheit verwirft die Versammlung neuerdings den Anspruch auf unumschränkte Herrschaft des Staates in der Schule als unvereinbar mit dem göttlichen Rechte der Kirche, wie mit dem natürlichen Rechte der Eltern; sie verurtheilt die Einrichtung konfessionell gemischter Schulen und erklärt, daß die Ertheilung des römisch-katholischen Religionsunterrichtes, die Vertheilung des Unterrichtsstoffes, die Bestimmung der Lehrbücher für denselben lediglich den rechtmäßigen Organen der Kirche, besonders den mit besonderem kirchlichen Antrag ausgestatteten Personen zusteht.

Unter den Rednern des Tages befanden sich zwei Abgeordnete, Herr Bachem und Herr Windhorst, welch letzterer mit der Verübung begann, daß er gegen das Verbot seines Arztes han-

dete, wenn er öffentlich spreche, aber im mittleren der ihn umgebenden Begeisterung vermöge er nicht zu schweigen. Der Grundton aller Reden war der folgende: „Die Maigesetze sind in ihrem Fundament erschüttert, und es kann nicht ausbleiben, daß das Gebäude nun gänzlich abgetragen wird. Die Katholiken sind über den längsten und schwersten Theil des zu führenden Kampfes hinaus.“ Und der Einschlag des Gewebes bestand in der Ausführung des Gedankens, daß es sich nicht um einen Kampf zwischen Protestantismus und Katholizismus handelt, sondern daß der gläubige Protestantismus der Verbündete des Zentrums gegen die liberalen und materialistischen Tendenzen ist. Immer wieder drängt sich die Wahrnehmung auf, daß die neuere kirchenpolitische Wendung die Hoffnungen und Ansprüche der Unversöhnlichsten unter den Ultramontanen bis in das Unermöglichste gesteigert hat und somit für die Auffindung eines befriedigenden modus vivendi eher ein Hemmniss, als eine Förderung gewesen ist.

Die „Nat.-Lib. Corresp.“ bemerkt zu der Versammlung: „In der Form läßt sich gegen frühere ähnliche Kundgebungen eine gewisse Mäßigung und Ruhe nicht verkennen; Windhorst war eifrig bestrebt, der Versammlung den Charakter einer mißliebigen Demonstration zu benehmen. Sachlich aber haben die Agitatoren des Zentrums nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht: vollständige Aufhebung der Maigesetze und die clerikale Herrschaft in der Schule sind nach wie vor die Forderungen des Ultramontanismus. Wenn Windhorst trotzdem seine zuversichtliche Erwartung aussprechen konnte, daß wir in nicht allzu ferner Zeit zum Frieden kommen würden, so beweist dies, wie hoffnungsreich man im clerikalen Lager der jetzt in den oberen Regionen herrschenden kirchenpolitischen Strömung gegenübersteht. Ob man sich dabei aber nicht doch in einer gewaltigen Täuschung befindet? Die hinter uns liegenden Verhandlungen wie das neueste Auftreten des Zentrums haben deutlich gezeigt, daß eine Verständigung mit den Häuptern der ultramontanen Bewegung nicht möglich ist, wenn der Staat nicht Zugeständnisse macht, deren Bewilligung wir dem Reichskanzler niemals zutrauen, nicht einmal Herrn v. Puttkamer und dem größeren Theil der Konservativen. Man kann freilich zweifelhaft sein, ob es nicht logisch und politisch richtiger gewesen wäre, unter diesen Umständen den in dem neuen Kirchengesetz unternommenen Schritt nicht zu thun. Jedenfalls aber scheint es uns undenkbar, daß jetzt, nachdem der Staat seinen guten Willen und seine Geneigtheit zum Entgegenkommen gezeigt hat, noch weiter in dem Bestreben gegangen wird, einem Gegner die Versöhnung aufzunötigen, die er, wie sich immer klarer zeigt, gar nicht oder nur unter der vollständigsten Waffenstreckung des Staates will.“

Sehr interessant ist, daß seit dem Wunder von Marpingen nie wieder ähnliche Wunderercheinungen aufgetreten sind. Ein freisinniger Katholik, der öfter Rom sieht und dort mit hochgestellten Geistlichen verkehrt, heißt der „Magdeburg-Ztg.“ mit, es sei ihm durch seine guten Gewährsmänner zu Ohren gekommen, Papst Leo XIII. habe sich die Wunderercheinungen verbeten. Nicht in dem Sinne, als stünde der heilige Vater in so nahem Connex mit abgeschiedenen Heiligen, daß er sie in ihrem Verhalten zu bestimmen vermöchte, allein Leo XIII. hat doch die Jesuiten einigermaßen in äußerlicher Zucht, und weil sie allen Unfug inszenirten, der auf dem Gebiete der Wundererscheinungen vorgekommen war, so sind sie jetzt zur Zurückhaltung genötigt. Der jetzige Papst ist nicht etwa ein freisinniger, aber ein kluger Mann, der genau zu übersehen vermag, wie viel üble Nachrede dem Ultramontanismus die Lourdes- und Marpingen-Vorgänge eingebracht hatten, vom Skandal in Dietrichswalde ganz zu geschweigen. Es bleibt wichtig, auf den Zusammenhang hinzuweisen, der zwischen der jeweiligen päpstlichen Politik und der jesuitischen Praxis besteht. Der Papst gebietet den Jesuiten Zurückhaltung und nirgends öffnet sich ein Duell, nirgends weint eine Statue, nirgends geräth eine Jungfrau in Verzückungen. In der Welt der ultramontanen Wunder herrscht absolute Ruhe. Zum guten Theil haben hierzu die marpinger Prozeßakten und die preußischen Füsilier beigetragen, die Befehl erhalten hatten, das ganze Gebiet der Wundererscheinung zu umstellen und dasselbe vorsorglich abzusuchen.

Es war Zeit, daß durch den Rücktritt des Staatssekretärs Herzog dem schroff bureaukratischen Regiment in Elsaß-Lothringen endlich ein definitives Ende bereitet wurde. Der Feldmarschall von Manteuffel freilich muß jetzt erfahren, daß es gefährlich ist, in ein Wespennest zu stechen. In einer Reihe von Zeitungen ertönen jetzt gräßliche Notrufe, daß die deutschen Beamten nunmehr völlig der Gnade des Stathalters und des Landausschusses überantwortet seien. Wer die Verhältnisse an Ort und Stelle kennt, wird indessen den Werth dieser Jammerrufe zu würdigen wissen und der Praxis des Stathalters jedenfalls kein Misstrauen entgegenbringen.

Herr v. Manteuffel, der seiner Zeit in der von ihm purifizierten Armee viele Feinde batte, hat deren jetzt natürlich unter der „bureaukratischen“ Partei ebenso zahlreiche sich erwerben.

Mit dem vorgestern publizirten Gesetz zur Abänderung der Gewerbeordnung, welches die Bestimmung betreffs des Gewerbes der Schauspielunternehmer abändert, hat die konservative, von dem Zentrum beförderte Agitation zur Einschränkung der Freiheiten der Gewerbeordnung einen einzigen und ziemlich dürfstigen praktischen Erfolg zu verzeichnen. Wir werden jetzt sehen, ob den Missständen auf dem Gebiete des heutigen Theaterwesens durch diese Verhärfung der Konzessionspflichtigkeit abgeholfen wird. Wer möchte sich in dieser Beziehung irgend welchen Hoffnungen hingeben! Die schädlichste Wirkung des Gesetzes freilich wird vielleicht die sein, daß dieser kleine Erfolg die reaktionären Parteien ermutigt, in ihrem Felzzug gegen die Grundlagen der Gewerbeordnung fortzufahren. Hoffentlich ist es der einzige Erfolg gewesen, den sie davontragen.

Zu den Ernennungen der Herren De la Croix und Dr. Hübler bemerkt die „N. Ztg.“: „Die Verleihung des Titels eines Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsraths findet der Regel nach nur an diejenigen statt, welche die Funktionen eines Ministerialdirektors versehen und ist, davon abgesehen, eine sehr seltene Auszeichnung. Herr De la Croix gehört allerdings zu den ältesten Räthen des Ministeriums, und von orthodox-konservativer Seite hatte man seiner Zeit den Wunsch gehabt, ihn die Stellung des verstorbenen Ministerial-Direktors Höfler einzunehmen zu sehen. — Herr Dr. Hübler ist seiner Zeit von dem Ratheder her in das Ministerium berufen worden und zwar bald nach dem Amtsantritt Falks, der das Bedürfnis erkannte, eine kanonistische Autorität zur Seite zu haben. Schon bald nach dem Amtsantritt des Herrn v. Puttkamer verlautete, daß Herr Hübler sich wiederum auf seine Professur zurückziehen wolle. Inzwischen erfolgte aber seine Mission nach Wien. Bei der Beratung des kirchenpolitischen Gesetzes trat Herr Hübler besonders bei dem Artikel 2 der ursprünglichen Vorlage in den Vordergrund. Er bezeichnete das bestehende, von dem recursus contra abusum handelnde preußische Gesetz als ein „exorbitantes“, so daß Herr v. Puttkamer sich veranlaßt sah, diesen Ausdruck etwas abzuschwächen, während Herr Windhorst es bedauerte, daß dem Herrn Falk ein so sachverständiger Rathgeber nicht zur Seite gestanden habe. Herr Windhorst hatte es vergessen, daß Herr Hübler bei dem Zustandekommen dieses Gesetzes selbst mitgewirkt und es in der Kommission vertreten hatte. Man hielt hiernach dafür, daß Herr Hübler mit dem Standpunkt des jüngsten Kultusministers ganz ausgeführt sei und es erregte Aufsehen, als die halb verklungene Nachricht von seinem bevorstehenden Ausscheiden aus dem Ministerium wieder auftrat, das sich nun bewahrheitet hat.“

Offiziös wird geschrieben: Der Gegensatz der verschiedenen Nationalitäten im Nordschleswigischen hat nach Berichten von dort erheblich an Schärfe verloren. Einzelne von den dänischen Führern noch versuchte Demonstrationen finden nicht mehr den früheren Anfang. Es zeigt sich vielmehr bei verschiedenen Anlässen ein Zusammensehen von Mitgliedern beider Parteien, wie ein solches früher nicht denkbar gewesen wäre. So trat auf Anregung des Haderslebener Handwerkervereins im zweiten Quartal d. J. zum Zwecke der Errichtung von „christlichen Herbergen zur Heimat“ in der Stadt Hadersleben ein Komite zusammen, welches unter dem Vorsitz des Landrats aus vier deutschen und vier dänischen Mitgliedern besteht. In Sonderburg ferner fand eine landwirtschaftliche Ausstellung für das nördliche Schleswig statt, an der auch deutsche Landwirthe sich beteiligten. Zu dem aus Anlaß dieser Ausstellung veranstalteten Fest waren der Landrat und andere Beamte eingeladen und es führte dieser Umstand, der in früheren Jahren lediglich als Agitationsmittel gedient haben würde, zur Annäherung der Parteien. Die für den Verkehr natürlich unentbehrliche deutsche Sprache gewinnt fortlaufend an Terrain.

Der bekannte französisch Publizist John Lemoinne resümirt in folgendem Artikel des „Journal des Débats“ den Eindruck, den das Votum des englischen Parlaments in der Frage des dem Prinzen Ludwig Napoleon zu segnenden Denkmals in den gemäßigten republikanischen Kreisen gemacht hat:

Wie es scheint, hat man sich in England mit einer Angelegenheit beschäftigt, welche Frankreich anging und mit der Frankreich selbst sich nicht im Geringsten beschäftigte. Man erinnert sich, daß in Folge des Eindruck, den das Votum des englischen Parlaments in der Frage des dem Prinzen Ludwig Napoleon zu segnenden Denkmals in den gemäßigten republikanischen Kreisen gemacht hat:

dem Patronat der königlichen Familie und der ausschließlichen Verwaltung des Dekans. Der gegenwärtige Dekan Stanley, einer der bedeutendsten Gelehrten Englands, den seine Souveränin mit ihrer besonderen Zuneigung beeindruckt, hatte einen persönlichen Wunsch der Königin zu dem seitigen gemacht. Die Königin hatte die Witwe des Kaisers in Schmerzen versetzt gefunden, die sie aus eigener Erfahrung kannte, und ihr immer eine große Sympathie begegnet. Auf dieses Gefühl muß das Projekt, in Westminster-Abtei dem Andenken des Sohnes Napoleons III. ein Monument zu widmen, zurückgeführt werden. Man wird gewiß in England den Franzosen die Gerechtigkeit widerholen lassen, daß sie sich in diesen kleinen Handel nicht gemischt haben. Jedermann weiß, daß die Engländer Originale sind. Als sie ebendamit dem ersten Napoleon einen Zweikampf auf Leben und Tod hatten, hinderte das sie nicht, überall in ihren Häusern Bilder und Statuetten des Mannes mit dem grauen Mantel aufzuhängen und aufzustellen. Sie haben ihm auf dem "Bellerophon" und später auf St. Helena Zuflucht gewährt; dann haben sie als großmütige Verbündete seine sterblichen Überreste dem guten Ludwig Philipp und Herrn Thiers ausgeliefert, die so naiv waren, dieses neue trojanische Pferd in der Invalidensäule unterzubringen. Ferner boten die Engländer mit jener Geringachtung alles dessen, was sie nicht persönlich berührte, dem Prinzen Ludwig Bonaparte eine Zufluchtsstätte, während er die Expedition von Boulogne vorbereitete. Später nahmen sie ihm zum Bundesgenossen und nach seinem Sturz öffneten sie ihm wieder die Thüre ihrer großen Herberge. Sein Sohn, der Erbe des Kaiserreichs, der Großneffe des ersten Napoleon, des Gefangenen von St. Helena, endete damit, daß er sich unter der englischen Fahne von einigen Wilden tödten ließ, welche weder seinen Namen noch die Geschichte kannten, die durch diesen Namen Schwung und blutige Färbung erlangt hatte und geschändet worden war. Was konnte uns Angeichts solcher Erinnerungen der Beweis des Privatmitleids anhaben, den die Königin von England dem Sohne der Kaiserin zu geben wünschte? Es war ja nur ein Paradoxon mehr.

Wir haben uns daher jeder Bemerkung enthalten, und die Engländer selbst wurden gewahr, daß sie mit ihrer banalen Sentimentalität Gefahr ließen, sich lächerlich zu machen. Sie hielten Meetings, in welchen sie ihres ehemaligen Bundesgenossen nicht schonten; denn ein Parlamentsmitglied nannte ihn ohne Weiteres "einen der größten Verbrecher Europas." Aufrichtig gestanden, kann uns solch heftiger Tadel, den verschiedene Redner über das Andenken des Mannes ausgespielt, welcher Frankreich so unheilvoll war, weder bewegen, noch rühren, noch erbauen. Als er in der Lage war zu nützen, wußte man sich seiner sehr wohl zu bedienen; das Werkzeug ist zerbrochen, die einzelnen Stücke taugen nichts mehr; man wird sie in den Reichtum oder in die Morgue. Das nennt ich ein praktisches Volk, welches sich seinen Weg und sein Gemissen niemals durch die Dankbarkeit hemmend überwinden läßt! Wir theilen daher die Auffassungsweise des Herrn Beresford-Hope, welcher zwar gegen das Projekt gestimmt hat, aber verlangt, daß es vor Allem als eine innere Frage, in die Frankreich nicht hineingezogen würde, behandelt werden sollte. Westminster ist ein für die britischen Verdienste bestimmtes Museum und der junge Napoleon hat keinen Anspruch auf die ihm zugesetzte Ehre; sie würde weit eher dem großen Cromwell zufallen, dessen Sarg nach der Wiederherstellung der Monarchie aus der Abtei weggeschleppt und auf öffentlichem Platz aufgehängt wurde. Welche Figur kann die Statue des armen Junglings neben einem solchen Andenken machen? Er wird aber nicht einmal seine Statue haben und wir sind daran ganz unschuldig. Die Frage bleibt eine rein englische. Das Parlament hat sich in sehr energischer Weise gegen das Projekt ausgesprochen. Die größte Schwierigkeit war durch die Furcht, die Königin zu verlegen, herbeigeführt, weshalb alle Minister vor der Abstimmung sich entfernten. Nach der unvermeidlichen Zustimmung der Kammer ist nun aber anzunehmen, daß der Dekan nicht auf seinem Vorrecht bestehen wird. An geeigneteren Plätzen für ein solches Denkmal ist kein Mangel; man kann es in Windsor bei dem Mausoleum des Prinzen Albert aufstellen, man kann Woolwich wählen, wo der junge Prinz seine Erziehung genossen hat, und endlich Chislehurst, wo er mit seinem Vater vereint würde. Die Entscheidung mag ausfallen, wie sie will, Frankreich wird nichts sehen und nichts sagen.

## Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 21. Juli.

— In dem „deutschen Offizier, Namens Dugalski“, welcher telegraphischer Meldung zufolge zum Adjutanten des Sultans ernannt worden, will man jetzt ziemlich allgemein den früheren preußischen Sekondelieutenant, jetzigen türkischen General v. Drigalski erkennen, von dem während des letzten russisch-türkischen Krieges verschiedentlich die Rede war. Die „R. Z.“ wiederholt folgende biographische Nachrichten über diesen General:

Herr v. Drigalski (ein Vetter des gleichnamigen Generallieutenants und Kommandeurs der Kavalleriedivision des 15. Armeekorps) war ursprünglich preußischer Offizier und stand als Sekondelieutenant in Mainz in Garnison. Jugendlicher Thatendurst bewog ihn, die engen heimatlichen Verhältnisse zu verlassen und in die Fremde zu gehen. Nachdem er einige Jahre in Indien das dortige Militärwesen zum Gegenstande eingehender Studien gemacht, wurde er in Konstantinopel an der Kriegsschule als Militärlehrer angestellt und verheirathete sich dort mit einer Tochter des Generals v. Malinowski (Emin Pascha), der früher als Hauptmann dem preußischen Heeresverbande angehört hatte. Drigalski rückte schnell bis zum Obersten auf und wurde dann durch das Vertrauen der Hohen Pforte auf den schwierigen Posten des Präsidienten der internationalen Donaukommission berufen, welche Stellung er bis zum Ausbruch des türkisch-russischen Krieges mit Geschick verwaltete. Hernach war er dem Auswärtigen Amt der Türkei zugethalten, wurde mit mehreren schwierigen Missionen betraut und figurirte u. A. auch als Kandidat bei der Verleihung des Gouverneurpostens für Ostrumeli. Vor einigen Wochen erhielt er aus der Hand des Sultans selbst das Verat als Liva (Generalmajor). Mit gründlichen Kenntnissen der verwinkelten orientalischen Verhältnisse verbindet Drigalski Pascha eine umfassende allgemeine Bildung, tüchtige Sprachenkenntnisse, die seinen Umgangsformen der vornehmsten Welt und eine seltene Liebenswürdigkeit des Benebens. Die Familie des Generals lebt seit einigen Jahren in Dresden; eine seiner Töchter ist an einen Hauptmann verheirathet, von seinen Söhnen ist einer Offizier, einer Marinadet.

— Über die Einrichtung der Revolverkanone schreibt der „R. A. Z.“ ein kleiner Korrespondent Folgendes: Eine Waffe, die allgemeine Einführung in unserer Marine befreit, die nicht nur allein zur Armierung der Panzerschiffe, sondern auch zur Armierung der Kreuzer dienen soll, und mit welcher zur Zeit im Panzer-Übungsgeschwader praktische Versuch ange stellt werden, ist die (2,5 Zentimeter-) „Revolverkanone“. Welchen Zwecken das neue Geschütz dienen soll, ist an dieser Stelle schon früher ausgeführt. In Abwehr von Torpedoboatsangriffen und Angriff als Landungs geschütz bestehen seine vorliegenden Aufgaben. Betreffs der Einrichtung der neuen Waffe ist Folgendes hervorzuheben: Sie besteht aus nachstehenden Haupttheilen: dem Louskomplex (vier geöffneten Läufen), dem diezen zur Hälfte einhüllenden Gehäuse, dem Rahmen samt Gabel und dem Lade-, Absfeuerungs- und Auswerfmechanismus. Die vier gezogenen Läufe liegen parallel nebeneinander um eine Achse und haben eine Länge von 669 Millimeter. Das Gehäuse ist oben zylindrisch, unten präzisiert geschnitten. An den massiven Stirntheil

des Gehäuses lehnt sich beim Schusse der Boden der Patronenhülse. Die hinter diesem Theile und in der linken Seite des Gehäuses auf die ganze Länge desselben reichenden Ausnehmungen dienen zur Aufnahme aller Mechanismen. Der Rahmen läuft in zwei Rahmenbalken an der Seite des Gehäuses und des Laufkomplexes, die mit je einem Schildzapsen versehen sind; die Schildzapsen werden von den Schildpfannen einer Gabel, welche die Laffete vorstellt, aufgenommen, wodurch das ganze Geschütz eine dem neuen Krupp'schen Pivotgeschütz ähnliche Aussehen erhält. Soll die Revolverkanone aus der Gabel gehoben werden, so muß an jedem Gabelarm ein Vorstecker ausgezogen werden. Die Ladung erfolgt nun dadurch, daß durch Handhabung eines Hebels die Läufe in Rotation um die gemeinschaftliche Achse verstellt werden, in den einen Lauf eine Patrone eingelegt, der zweite, oben befindliche, abgefeuert und aus dem dritten die leere Patronenhülse herausgezogen wird. Das Gewicht der ganzen Kanone beträgt 163 Kilogramm. Sie verschießt mit einer Ladung von 50 Gramm Geschosse im Gewicht von 235 Gramm.

○ Petersburg, 19. Juli. [Die deutsche Orientpolitik. Die sibirische Pest.] Die deutsche Orientpolitik wird hier sehr sympathisch begrüßt, obgleich es dahingestellt bleiben muß, ob der Weihrauch, den man ihr anzündet, aus innerer Überzeugung von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges, oder lediglich aus Haß gegen die englische und österreichische Politik, — namentlich aber gegen die letztere, — gestreut wird. Indes ist man der Ansicht, daß die Hülse, welche die deutsche Regierung der Türkei zu bringen beabsichtigt, den „kranken Mann“ nicht retten werde. Das „Nowoja Wremja“ äußert sich hierüber folgendermaßen: „Wahrscheinlich werden die Türken den Plan eines Bündnisses Deutschlands und der Türkei machen; doch ist keine konservative Politik, selbst wenn sie es wollte, im Stande, die Türkei wiederzugebären, oder die Entwicklung der Böker auf der Balkanhalbinsel aufzuhalten. Deshalb wird man sich kaum des Gedankens erwehren können, daß die deutsche Regierung die Absicht habe, der orientalischen Frage eine solche Lösung zu geben, wie sie einer großen europäischen Macht würdig ist. Keine Macht kann dies hindern, ja keine hat das Recht hierzu, und jede wird genötigt, ihre Interessensphäre genauer zu präzisieren, und sie mit der größten Entschiedenheit und Sorgsamkeit zu beschützen. Im vorigen Jahre mischte sich Deutschland in die Lösung der egyptischen Frage. Diese Einmischung kam gänzlich unerwartet, und machte sich durch einen gütlichen Vergleich zwischen England und Frankreich bemerkbar, um dessen Bedingungen sie schon lange gehandelt haben, ohne sich über sie einigen zu können. Raum war die Einstimmigkeit erzielt, da kam auch die Lösung in einigen Wochen. Ein Kedive wurde entfernt, der andere auf den Thron gesetzt, die Verwaltung erhielt eine neue Basis. Man kann hoffen, daß auch diesmal die Initiative Deutschlands in Konstaninopel, die sich in einer so seltsamen und bisher noch so unklaren und ungünstigen Form zeigt, alle westeuropäischen Mächte veranlassen wird, sich eiligst mit der endgültigen Neorganisation der Balkanhalbinsel zu befassen. Eine Einigung auf der Basis der Theilung der ehemaligen und derzeitigen türkischen Länder unter die europäischen Mächte ist ohne schwere Schädigung des Weltfriedens nicht gut denkbar. Eine solche Theilung würde direkt zum Kriege führen, dem bei der Lösung des orientalischen Problems die gemeinsame Thätigkeit der Regierungen, ihrer Kongresse und Konferenzen auszumeiden bemüht waren. Es bleibt somit nur übrig, den Schlüssel zu einer weiteren friedlichen und stetigen Übereinstimmung der Mächte behufs einer freien, selbstständigen Regierung aller Theile der Balkanhalbinsel ohne Ausnahme, selbst ohne Ausnahme Bosniens und der Herzegowina zu suchen.“ Wenn wir Obiges mit Unbefangenheit lesen, so klingt uns der Gedanke heraus: Gut, daß sich Deutschland einmischt; es kann keinen Theil der Balkanhalbinsel nehmen, wohl aber die übrigen Mächte verhindern, die Türkei zu theilen; was aber die Zukunft bringt, kann kein Sterblicher wissen; vielleicht fällt doch das schöne Land noch an Russland! — Die hiesigen und Moskauer Zeitungen, ja sogar die Provinzialblätter und Regierungsorgane wimmeln von Berichten über die immer größere Verbreitung der sibirischen Pest, der sogenannten „Sibirskaia jasna“. Eigentlich ist dies eine Viehkrankheit, die häufig in Sibirien grassirt, jedoch auch über den Ural kommt und die Herden des europäischen Russlands dezimirt. Sie ist jedoch auch für Menschen ansteckend und in diesem Jahre kommen Ansteckungsfälle häufiger als sonst vor, denn der Russe zieht einem gefallenen Thiere das Fell ab und verkauft es sorglos weiter, und hierdurch wird die Pest verbreitet. Die Polizei thut leider hierzu gar nichts; sie läßt nicht einmal die an der sibirischen Pest kreppierten Thiere vergraben. Die Kadaver liegen in der Nähe der Dörfer und Städte und Hunde, Wölfe, Füchse und Raubvögel, welche das Fleisch verschleppen, verschleppen auch den Krankheitsstoff. Selbst Fliegen thun dies und impfen Menschen das Miasma ein, wie dies erst neulich in der hiesigen Klinik konstatirt wurde, wo eine gewisse Kudrjaschow von der Pest geheilt worden ist. Bis jetzt ist Seitens der Regierung nichts gethan worden, um auch nur die Seuche zu lokalisiren.

○ Petersburg, 19. Juli. [Ein Zusammentost der Russen und Turkmenen. Hochzeit im Gefängnis.] Am 3. d. M. fand (wie bereits telegraphisch mitgetheilt. Red. d. „R. Z.“) zwischen Bami und Bendesen ein Zusammentost zwischen Russen und Turkmenen statt, der aufs Neue die gänzliche Werthlosigkeit der asiatischen Massen im Kampfe gegen disziplinierte europäische Truppen beweist. General Skobelew berichtet über diesen Zusammentost folgendermaßen. Am 21. Juni (3. Juli) wurde der Arzt der Gesellschaft des Roten Kreuzes Stebnitski aus Bami nach Bendesen kommandiert und ihm als Konvoi eine Abtheilung von 12 Kosaken vom Tamaner Regimente gegeben. Die Aufgabe Stebnitski's war die am 19. Juni (1. Juli) auf dem Wege nach Bendesen gefundene Leiche eines Kosaken zu untersuchen. Dem Kosakenkommando folgte einige Stunden später eine Kompanie vom Samurer Regimente. Gegen 9 Uhr Morgens waren die Kosaken von Tschinzen umringt, deren Zahl sich auf 300 Mann belief, und die sofort zum Angriff schritten. Die Kosaken wiesen den Angriff mit einem lebhaften Gewehrfeuer zurück und verteidigten

sich, trotzdem die Feinde ringsum in einer Entfernung von 200 Schritt eine dominante Stellung eingenommen hatten und ein heftiges Kreuzfeuer unterhielten, acht Stunden gegen den an Zahl ungleich überlegenen Feind, der es sogar einige Male wagte mit der blanken Waffe anzugreifen, aber immer zurückgeschlagen wurde. Erst um 5 Uhr Nachmittags kam der Handvoll Tapfern, die ihnen folgende Kompanie Infanterie zu Hilfe, welche die Tschinzen durch einige Salven zur Flucht zwang. In diesem Gefechte fielen: Dr. Stebnitski und 2 Kosaken, während 5 Kosaken verwundet wurden. Der Feind ließ vier Tote und viele Waffen auf dem Platze. Eingelaufenen Nachrichten zufolge, sind 13 Tschinzen gefallen und eine große Anzahl verwundet. Die Tschinzen kommandierte eine unbekannte Persönlichkeit in europäischer Kleidung. Wer dieser Abenteurer ist, wird wohl später ermittelt werden; jedenfalls dürfte auch er die Überzeugung gewonnen haben, daß der Aiate ein ausgezeichneter Räuber, aber ein sehr schlechter Soldat sei. — Ich berichtete Ihnen s. B. über den Lieutenant Majewski, welcher seine Frau ermordet hat. Er hatte sie nur geheirathet, um sich in den Besitz ihres beträchtlichen Vermögens zu setzen und ein armes Mädchen zu heirathen. Dieses Mädchen, Helene Natara, hat sich nachdem Majewski zur Deportation nach Sibirien verurtheilt worden, an die vorgesetzten Behörden mit der Bitte gewandt, nachzugeben, daß sie sich mit dem Verurtheilten ehelich verbinde und mit ihm nach Sibirien gesandt werde. Diese Bitte wurde erhört, und es fand dieser Tage im Gefängnisse zu Odessa die eheliche Verbindung des liebenden Pärchens statt. Dies der Epilog des tragischen Romans.

## Vocales und Provociales.

Posen, 22. Juli.

— [Denunzianten.] Der „Kuryer Poznanski“ und das hiesige deutsch gedruckte „konservative“ Organ enthalten ein gleichlautendes „Gingesandt“, welches von sinnlosen Zornausbrüchen und Schimpfereien gegen unseren Leitartikel „Tage der Einkehr“ wimmelt und in einer Denunziation gipfelt, die es freilich beim guten Willen wird bewenden lassen müssen. Daß der „Kuryer“ einem solchen Ausbruch ohnmächtiger Wuth seine Spalten öffnet, wundert uns nicht, daß aber das hiesige „Organ für guten und feinen Ton“ dies gethan, — das wundert uns freilich noch viel weniger; die Injurien stehen ihm trefflich zu Gesicht. Uns und das Publikum würde es allerdings weit mehr interessieren, wenn die Gelehrten der neuen „konservativ-klerikalen Bruderschaft“ dahier die in jenem Artikel angestellten Erörterungen sachlich zu widerlegen versuchten, a ein „ultra posse nemo obligatur“.

— Das beglückte Galizien. Die polnischen Jesuiten, welche Frankreich anläßlich der Schließung der Jesuitensiedlungen verlassen haben, sind bereits über Krakau nach Galizien gekommen. Ob sie dort angenehme Gäste sind, wird die Zukunft lebren. Sowiel uns bekannt ist, ist die große Mehrzahl der polnischen Intelligenz in Galizien, deren Organ der „Dniestr Polski“ und die „Gazeta Narodowa“ sind, nicht sehr gesittungsfreudlich gesinnt.

— Kirchenpolitisches. Der Distriktskommissarius Appelius aus Gembitz hat in Wilatow dreimal vergeblich bei einer Frau Gacca eine Haussuchung abgehalten, die einem Wandervilar gegolten hat. Der phantastische Korrespondent des „Kuryer Poznanski“ beschreibt die Ausführung dieser Haussuchungen in einer Weise, die der Schilderung des Tempel der Unwahrscheinlichkeit aufdrückt.

— Besitzveränderung. Der hiesige polnische Vorschussverein hat das ehemalige Boniarski'sche Grundstück auf der Gr. Gerberstraße Nr. 54 für den Preis von 77,000 M. acquirirt.

○ Behufs Regulirung der Warthe sollen oberhalb der Brücke der Kreuzburger Eisenbahn bei dem Dorfe Lubach vor den alten Buhnen Senfküche gelegt werden, um hierdurch eine Normalbreite des Flusses von 60 Meter und eine Tiefe von 1 Meter Fahrwasser unter Null zu schaffen. Mit dem Legen bedeutender Senfküche auf der Flussstrecke Czernowac-Owińsk ist man bald zu Ende. Dem Vernehmen nach soll oberhalb der Owińsker Fähre ein Durchstich vorgenommen werden, um den Lauf der Warthe dadurch zu verkürzen. Für die Schifffahrt würde dies nicht ohne Wichtigkeit sein.

— Neue Auslage. Der hiesige Lichtfabrikant Sobekti hat auf dem Städtchen eine Dampfwachsbleichanstalt gegründet, in welcher er in 20 Minuten bis 6 Zentner Wache bleichen kann.

— Verhaftet. Der bekannte polnische Agitator zu Oberschlesien, Karl Maria, hat das ihm gehörende Blatt „Katholit“ in Breslau, wahrscheinlich an dortige begüterte Zentrumsmitglieder verkauft. Während seiner Rückkehr aus Breslau wurde er auf dem Bahnhofe in Königshütte verhaftet. Der „Dredownik“ mutmaßt, daß die Verlassung zu dieser Verhaftung ein falscher Schritt sei, den Maria bei Gründung seiner Vorschuss- und Kassenvereine gethan haben kann, da er von diesen Vereinen keinen Begriff hat.

## Aus dem Gerichtssaal.

Die vereinigten Strafsenate des Reichsgerichts entschieden, daß der Versuch eines Verbrechens vermittelst eines absolut untauglichen Mittels nicht straflos sei. Die Verwunderung, welche diese Entscheidung zumal in preußischen Juristenkreisen hervorgerufen hat, kann durch die nummehr bekannt gewordenen Entscheidungsgründe nicht gemildert werden. An sich lag der in Rede stehende Fall so, daß es gar nicht geboten war, eine wissenschaftliche Kontroverse zum Ausdruck zu bringen, deren Regelung das Reichsstrafgesetzbuch selbst gemäß den Motiven geflissentlich vermählt hat. Die wegen Versuchs der Abtreibung vom Frühstück gerichteten hatten die Revision darauf gegründet, daß nicht erwiesen sei, ob das angewandte Mittel überhaupt den beabsichtigten Zweck zu erfüllen geeignet gewesen. Das Reichsgericht konnte sich hierauf mit der Feststellung begnügen, daß ein positiver Nachweis der Tauglichkeit eines von dem Angeklagten in dieser Unterstellung angewandten Mittels zur Bestrafung nicht erforderlich sei, statt mit der umgekehrten Feststellung: es sei zur Strafbarkeit des Versuchs nicht mehr erforderlich, als daß die Handlung von dem Thäter in der Vorstellung unternommen worden, sie werde zur Herbeiführung des beabsichtigten Erfolges führen (sic), die bisherige Gerichtspraxis in Preußen und Bayern (s. Oppenhof zu § 43 Nr. 9, Ausgabe von 1879), also im

größten Theile Deutschlands, umzustossen. Denn wenn es lediglich auf die Vorstellung des Angeklagten von der Tauglichkeit des Mittels (oder bei der ganz analogen Frage des Objekts) ankommt, so müste auf die Strafe auch dann erkannt werden, wenn die absolute Untauglichkeit des von dem Angeklagten gewählten Mittels erwiesen und unstrittig ist, also wenn er glaubte, mit Zucker vergiftet zu können, nicht wenn er etwa aus Versehen Zucker statt Arsenik nahm. Die Wissenschaft, welche dem rechtsgerichtlichen Erkenntniß zufolge die „Unhaltbarkeit“ der Theorie von der Straflosigkeit des absolut untauglichen Mittels „überzeugend nachgewiesen“ haben soll, ist die einiger mittel- und kleinstaatlicher Größen, welche auch in einer Anzahl von Strafgesetzbüchern sich Geltung verschafft hatte, während in Preußen (Berner Lehrbuch S. 180, Häßchner S. 183 ff.) die Wissenschaft im wesentlichen der Praxis konform geblieben war. Wenn die Entscheidungsgründe sagen, „der Kausalzusammenhang zwischen einer Handlung und dem durch dieselbe beabsichtigten Erfolg ist niemals durch das Dasein oder Fehlen eines einzelnen Zwischenereignisses unbedingt gegeben oder aufgehoben, sondern jedes auf den endlichen Ausgang Einfluß äußernde Ereignis oder Verhältniß gibt stets als einzelner Kausalitätsfaktor nur eine größere oder geringere Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit des letzteren, niemals die Gewissheit seines Eintritts oder Nichteintritts“, so heißt der positive Theil dieser Sache in kurzes praktisches Deutsch übertragen eben nur: Die bloße Unsicherheit des Kausalzusammenhangs zwischen dem gewollten Mittel und der gewollten That kann dem Verbrecher niemals zu Gute kommen; dagegen ist die negative Umkehrung handgreiflich falsch, da es immer Umstände geben kann, welche den Kausalzusammenhang zwischen der in der Vorstellung des Thäters unternommenen Handlung und dem beabsichtigten Erfolge ausschließen; z. B. der Mord an einer Leiche, der für das Reichsgericht nach seiner logischen Konstruktion allerdings eine strafbare That sein muß.

## Telegraphische Nachrichten.

**Gastein**, 21. Juli. Se. Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag abermals ein Bad, machte darauf einen Spaziergang und unternahm am Nachmittag die erste Ausfahrt in das Koetschachthal.

**München**, 21. Juli. Die zweite Kammer hat heute das Ganze des Richter-Disziplinargefeszes mit 104 gegen 42 Stimmen angenommen. Morgen steht der Antrag des Abg. Hassenbrädl betreffend die Beschränkung der Werktagsschulpflicht auf das zurückgelegte 12. Lebensjahr und den Beginn der Feiertagschulpflicht mit dem 13. Lebensjahr zur Verathung.

**Ems**, 21. Juli. Fürst Milan von Serbien ist heute über Wien nach Belgrad zurückgereist.

**Kopenhagen**, 21. Juli. Die Königin von Griechenland wo heute Vormittag auf Schloß Bellevue hier eingetroffen und von der gesamten Königsfamilie empfangen worden.

**Brüssel**, 21. Juli. Die feierliche Enthüllung des Denkmals Leopold I. hat in Laeken heute Nachmittag 3 Uhr stattgefunden. Sämtliche Mitglieder der königlichen Familie, Kronprinz Rudolf von Österreich, die hohen Würdenträger und die Mitglieder des diplomatischen Korps wohnten der Feier bei.

**Gent**, 21. Juli. Die hiesigen Zivil- und Militärbehörden haben ihre wegen Abhaltung eines Tedeums aus Anlaß der Jubiläumsfeier getroffenen Anordnungen zurückgenommen, nachdem der hiesige Bischof erklärt hatte, daß das Tedeum für die katholischen Schulen abgehalten werden solle.

**London**, 20. Juli. [Oberhaus.] Die irische und die schottische Volkszählungsbill wurden in zweiter Lesung angenommen.

**London**, 21. Juli. Lord Dalhousie ist gestorben; sein ältester Sohn, Lord Ramsay, Parlamentsdeputirter für Liverpool, folgt ihm als Pair; in Liverpool hat demnach eine neue Parlamentswahl stattzufinden.

**Capetown**, 21. Juli. Nach aus dem Basutoland hier eingegangenen Nachrichten sind die loyalen Angehörigen des Basutostammes, welche ihre Waffen den Engländern ausliefernt, von andern Eingeborenen angegriffen worden und ist die Residenz des englischen Vertreters bedroht. Zum Schutz derselben sind Truppen abgegangen.

**Petersburg**, 21. Juli. Die „Agence Russé“ äußert sich dahin, daß zur Lösung der griechischen und montenegrinischen Frage in befriedigender Weise die dauernde Einmütigkeit der europäischen Mächte erforderlich sei. Es komme darauf an, die Pforte von dem festen einmütigen Willen der Mächte zu überzeugen. Die Wahrscheinlichkeit irgend welchen besondern Vorgehens einer Macht sei nicht vorhanden, nur in gemeinsamer Aktion sei das Resultat einer Lösung der Fragen zu erreichen.

**Kiew**, 21. Juli. Vor dem hiesigen Militär-Kreisgericht gelangt am 26. d. ein politischer Prozeß gegen 21 Angeklagte zur Verhandlung. Die Anklage lautet wegen Bildung einer gefährlichen Gesellschaft zum Zweck eines gewaltstamen Umsturzes der bestehenden Staatsordnung, sowie wegen Verbreitung von Proklamationen und Anschaffung von Explosionsmitteln behufs Ermordung einiger Beamten. Ferner soll demnächst der Prozeß gegen Turlowsky, welcher unter dem Namen Sascha bekannt ist, zur Verhandlung gelangen. Derselbe ist des Diebstahls von 1½ Millionen Rubel aus der Rentei in Cherson angeklagt.

**Berlin**, 21. Juli. S. M. Kanonenboot „Altis“, 4 Geschütze, Kommandant Kapit.-Lieut. Klaus, ist am 17. Juli cr. in Plymouth eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgender Nachrichten und Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juli 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
21. Nachm. 2	753,3	W lebhaft	bedeckt <sup>1)</sup>	+18,1
21. Abends 10	753,6	W schwach	schwach	+11,3
22. Morg. 3	754,0	W schwach	schwach	+11,4
		1) Regenhöhe 4,3 mm.		
		Am 21. Wärme-Maximum +18°,8	=	
		= Wärme-Minimum +12°,4	=	

## Wetterbericht vom 21. Juli, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressnv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	766	NNW	3 bedeckt	15
Aberdeen	764	NNW	1 wolfig	13
Christiansund	—	—	—	—
Kopenhagen	757	NNW	4 wolfig	15
Stockholm	757	DDW	4 bedeckt	16
Haparanda	761	WD	4 heiter	10
Petersburg	756	NNW	1 wolfig	12
Moskau	756	N	1 wolfig	12
Cort Queenst.	764	O	4 wolfig <sup>1)</sup>	16
Breit.	763	S	2 heiter	16
Helder	764	WNW	2 halb bedeckt	15
Sylt	761	WNW	4 wolfig	15
Hamburg	762	W	5 bedeckt	14
Swinemünde	759	W	3 wolfig <sup>2)</sup>	16
Reusfahrwasser	756	NNW	2 bedeckt	14
Memel	752	SSO	1 bedeckt	17
Paris	765	ND	2 heiter	17
Münster	764	WNW	2 halb bedeckt	14
Karlsruhe	764	ND	2 bedeckt	19
Wiesbaden	766	N	1 bedeckt	16
München	766	still	bedeckt	18
Lipzig	764	W	2 heiter	17
Berlin	762	WNW	1 wolfig <sup>3)</sup>	16
Wien	763	N	1 bedeckt	19
Breslau	763	W	7 wolfig <sup>4)</sup>	14
Ne d'Ax	763	N	4 wolfig	21
Nizza	762	WNW	2 Dunst	27
Triest	761	still	heiter	29

<sup>1)</sup> Seegang leicht. <sup>2)</sup> Gestern und Nachts Regen. <sup>3)</sup> Abends Regen. <sup>4)</sup> Nachts Gewitter und Regen.

**Anmerkung:** Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingeteilt.

**Skala für die Windstärke:**

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

**Übersicht der Witterung.**

Das Depressionsgebiet ist südostwärts fortgedrungen und erstreckt sich heute von Südb-Skandinavien nach Galizien. An seiner Südwest-Seite herrscht bis zur Linie Schottland-Utrecht-Wien frische, stellenweise starke westnordwestliche Luftströmung mit unbeständigem fühlbarem Wetter, während im Südosten dieser Linie ruhiges, vorwiegend trockenes Wetter fortduert. Niederschläge von Regen und Hagel, meist mit Gewittern, sind im deutschen Küstengebiete aufgetreten.

Deutsche Seewarte.

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

**Frankfurt a. M.**, 21. Juli. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,495. Pariser do. 80,95. Wiener do. 173,25. R.-M. St. A. 148,4. Rheinische do. 160,1. Hess. Ludwigsh. 105,8. R.-M.-Pr. Antw. 132,4. Reichsanl. 100,8. Reichsbank 150,8. Darmtd. 150,8. Meininger B. 97,8. Dest.-ung. Br. 720,00. Kreditnotien <sup>1)</sup> 244,8. Silberrente 63,8. Papierrente 63,8. Goldrente 76,4. Ung. Goldrente 95,8. 1860er Loos 126. 1864er Loos 312,50. Ung. Staatsl. 222,00. do. Ostb.-Obl. 11. 87,4. Böh. Westbahn 202. Elisabethb. 167,8. Nordwestb. 149,8. Galizier 242,8. Franzosen <sup>2)</sup> 247. Lombarden <sup>3)</sup> 71. Italiener 1877er Russen 93,8. II. Orientanl. 60,8. Zentr. - Pacific 110,4. Diskonto-Kommandit — Elbtalbahn — Neue 4 proz. Russen — 4½ prozent. ungar. Bodencredit-Pfandbriefe 80,11. Bergisch-Märkische

Nach Schluß der Börse: Kreditnotien 243,8. Franzosen 246,8. Galizier — ung. Goldrente — II. Orientanleihe — 1860er Loos — III. Orientanleihe — Lombarden — Schweizer. Zentralbahn — Mainz-Ludwigshafen — 1877er Russen — Böhmisches Westbahn —

<sup>1)</sup> per medio resp. per ultimo.

**Wien**, 21. Juli. (Privatverkehr.) Kreditnotien 280,50. Papierrente 73,05. ungar. Goldrente 109,40. Anglo-Austrian — Unionbank —. Matt.

**Wien**, 21. Juli. (Schluß-Course.) Günstig auf die Auslassungen der „Agence Russé“ und in Folge der Haussie in Eisenwerthen, Schluß lebhaft.

Papierrente 73,25. Silberrente 73,90. Oesterl. Goldrente 88,20. Ungarische Goldrente 109,80. 1854er Loos 127,20. 1860er Loos 133,10. 1864er Loos 173,75. Kreditloose 177,00. Ungar. Prämienl 113,50. Kreditnotien 281,80. Franzosen 242,5. Lombarden 81,75. Galizier 20,80. Kasch.-Oderb. 131,70. Pardubitzer 133,50. Nordwestbahn 172,20. Elisabethbahn 193,50. Nordbahn 246,0. Oesterreich-ung. Bank —. Türk. Loos —. Unionbank 111,60. Anglo-Austr. 134,25. Wiener Bankverein 139,00. Ungar. Kredit 265,00. Deutsche Bläze 57,10. Londoner Wechsel 117,55. Pariser do. 46,35. Amsterdamer do. 96,80. Napoleon's 9,33. Dukaten 5,52,8. Silber 100,00. Marknoten 57,62,8. Russische Banknoten 1,23,8. Lemberg-Garnison 168,50. Kronpr.-Rudolf 164,70. Iran-Isfet 171,00. 4½ prozent. ungar. Bodencredit-Pfandbriefe 93,75.

**Paris**, 21. Juli. (Schluß-Course.) Fest. 3 proz. amortuoso. Rente 87,20. 3 proz. Rente 85,45. Anleihe de 1872 120,20. Italienische 5 proz. Rente 85,20. Oesterl. Goldrente 76,8. Ung. Goldrente 94,8. Russen de 1877 94,8. Franzosen 61,00. Lombardische Eisenbahn — Aktien 178,75. Rom. Prioritäten 264,00. Türk. de 1865 10,17,5. 5 proz. rumänische Anleihe 77,00.

Credit mobilier 637,00. Banque exter. 19,8. do. inter. 18,75. Suez-kanal-Aktien — Banque ottomane 511. Societe générale 558. Credit ionier 128,2. Egypter 311. Banque de Paris 1090. Banque d'escompte 80,5. Banque hypothécaire 60,5. III. Orientanleihe 60,8. Türk. Loos 31,00. Londoner Wechsel 25,32,8.

**Petersburg**, 21. Juli. Wechsel auf London 25,15. II. Orient-Anleihe 91,8. III. Orientanleihe 91.

**London**, 21. Juli. Consols 98,15. Italienische 5 proz. Rente 84,8. Lombarden 7. 3 prozent. Lombarden alte 10,8. 3 prozent. do. neue 10,8. 5 proz. Russen de 1872 90,8. 5 proz. Russen de 1872 89,8. 5 proz. Russen de 1873 89,8. 5 proz. Türk. de 1865 10,8. 5 proz. russische Amerikaner 105,8. Oesterl. Silberrente 62,8. do. Papierrente —. Ungar. Goldrente 93. Oesterl. Goldrente 75,8. Spanier 19,8. Egypter 61,8.

### Platzdiskont 1½ p.C.

**Newyork**, 20. Juli. (Schlußkurse.) Wechsel auf London: in Gold 4 D. 82 C. Wechsel auf Paris 5,22. 5 p.C. fund. Anleihe 108,4. 4 p.C. fundierte Anleihe von 1877 108,4. Erie-Bahn 43,8. Central-Bahn 111,8. Newyork Centralbahn 132

### Produkten-Course.

**Köln**, 21. Juli. (Getreidemarkt.) Weizen heller loco 24,00. fremder loco 24,50. pr. Juli 23,05. pr. November 19,85. Roggen loco 19,50. pr. Juli 17,65. pr. November 16,40. Hafer loco 16,50. Rüböl loco 29,10. pr. October 29,00. pr. Mai —.

### Bremen

, 21. Juli. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white lofo 9,50 bez. per August-Dezember 9,85 bez.

**Hamburg**, 21. Juli

